

Inklusion ist das Ziel – wie gelingt die Umsetzung?

## INKLUSIVE BILDUNG IN SACHSEN-ANHALT

gute gesellschaft –  
soziale demokratie  
#2017 plus

*Seit dem Schuljahr 2013/2014 können sich Sachsen-Anhalts Schulen als Schulen mit inklusivem Schulprofil zertifizieren lassen. 30 Grund- und Sekundarschulen haben von dieser Möglichkeit bislang Gebrauch gemacht und damit den Weg zu einer inklusiven Schulentwicklung begonnen. Aber wie sind die Maßnahmen zur Gestaltung eines inklusiven Schulsystems in Sachsen-Anhalt insgesamt zu bewerten? Welche Hindernisse und Gelingensbedingungen sehen Politiker\_innen, Eltern und Lehrer\_innen für die Umsetzung eines inklusiven Schulsystems in Sachsen-Anhalt – und was müssen die nächsten Schritte sein? Am 04. November 2016 lud die Friedrich-Ebert-Stiftung nach Magdeburg ein, um diese Fragen zu diskutieren.*

Sachsen-Anhalt hat sich, wie alle anderen Bundesländer, mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention 2009 verpflichtet, ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Mit einer Exklusionsquote von 6,8 Prozent im Schuljahr 2013/2014 ist Sachsen-Anhalt jedoch gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern im Bundesländervergleich Schlusslicht bei der inklusiven Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Das Bundesland hat also noch einen langen Weg vor sich, um die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention – und damit geltendes Völkerrecht – zu erfüllen.



Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen über die Hürden für ein inklusives Bildungssystem in Sachsen-Anhalt

Bislang habe man versucht, so Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, den Aufbau eines inklusiven Schulsystems behutsam anzugehen. Denn in der Vergangenheit habe Sachsen-Anhalt eine Reihe von Schulreformen erlebt – und diese seien dann häufig wieder rückgängig gemacht worden. Die Schulen hätten darüber hinaus mit weiteren Schwierigkeiten zu kämpfen, die die Umsetzung inklusiver Bildung behinderten – allen voran stelle sie der Lehrkräftemangel vor besondere Herausforderungen. „Ich erfahre immer wieder, dass Inklusion in Sachsen-Anhalt ein negativ besetzter Begriff ist und gerade von den Lehrkräften als zusätzliche Belastung empfunden wird“, stellt Kolb-Janssen fest.

## INKLUSION BRAUCHT ÜBERZEUGUNG

Befürchtungen und Vorbehalte von Eltern, Lehrer\_innen und Schüler\_innen müssen ernst genommen werden. Inklusion ist kein Prozess, der sich verordnen lässt, er muss von den Akteuren vor Ort mitgetragen werden. Und dennoch ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu setzen, mit denen inklusive Bildung gelingen kann. Dazu gehört auch ein klares politisches Bekenntnis zur Inklusion. „Inklusion lässt sich nicht ‚einfach machen‘. Es muss genau dargelegt werden, mit welchem Ziel und vor welchem Hintergrund diese menschenrechtlich verankerte Forderung nach der Einbeziehung aller in das reguläre Erziehungs- und Bildungssystem umgesetzt werden soll“, erklärt Prof. Dr. Anne-Dore Stein, Evangelische Hochschule Darmstadt.



Mehr zu den Voraussetzungen inklusiver Bildung im Länderheft „Inklusive Bildung in Sachsen-Anhalt“

In Sachsen-Anhalt wurde 2013 das Konzept „Gemeinsamer Unterricht als Baustein inklusiver Bildungsangebote – Konzept des Landes Sachsen-Anhalt zum Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an allgemeinbildenden Schulen“ verabschiedet. Mit diesem Konzept wurde etwa die eingangs erwähnte Möglichkeit für Grund- und Sekundarschulen geschaffen, sich als Schulen mit inklusivem Schulprofil zertifizieren zu lassen. Das Landeskonzept lässt jedoch offen, welche Schritte notwendig sind, um flächendeckend ein inklusives Schulsystem aufzubauen – zum Beispiel durch eine systematische Erweiterung der zertifizierten Schulen mit inklusivem Schulprofil. Eine Fortführung des Konzepts, dessen Maßnahmen bis 2016 umgesetzt sein sollten, ist bis Ende 2016 nicht vorgelegt worden. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der im April 2016 geschlossen wurde, sieht stattdessen die Erarbeitung eines Konzepts zur Weiterentwicklung der Förderschulen vor.



Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen über das geplante Förderschulskonzept

## INKLUSION IST EINE HALTUNG

Ein Grund für die Zögerlichkeit, mit der in Sachsen-Anhalt die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention angegangen wird, könnte darin liegen, dass es keinen gesellschaftlichen Konsens darüber gibt, dass Inklusion richtig ist – und was unter diesem Begriff überhaupt zu verstehen ist. Dabei betrifft inklusive Bildung uns alle. Denn mit inklusiver Bildung wird nichts anderes als Gleichberechtigung eingefordert. Allen Menschen sollen die gleichen Bildungschancen offen stehen, sie sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Potenziale unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht oder sozialen und ökonomischen Voraussetzungen entwickeln zu können. Voraussetzung für den Aufbau eines leistungsstarken und chancengleichen, eines inklusiven Bildungssystems ist es, die Unterschiedlichkeit der Menschen, die verschiedene Begabungen mit sich bringen, als Chance wahrzunehmen. Inklusion bedeutet, jeden Menschen als wertvoll zu begreifen.



Film: „Was ist Inklusion?“



Prof. Dr. Anne-Dore Stein über drei  
Prinzipien inklusiver Bildung

Angebote zu inklusiver Bildung müssten, so erklärt Prof. Dr. Anne-Dore Stein, regional verortet sein. Die Schüler\_innen müssten direkt an ihren üblichen Lern- und Lebensorten gefördert werden und multiprofessionelle Teams müssten sich so ergänzen, dass eine optimale Förderung ermöglicht wird. „Es liegt an uns, Pädagog\_innen, Verwaltung, Schulleitungen, Wege zu finden, alle Kinder und Jugendlichen zu unterstützen, so dass sie sich die Welt und die darin vorhandenen Möglichkeiten in der für sie sinnvollen Form aneignen können, damit sie kompetent und selbstbestimmt im sozialen Zusammenhang handeln können“, erklärt Prof. Stein.

## INDIVIDUELLE FÖRDERUNG ALS SCHLÜSSEL

Kinder und Jugendliche können nur dann ihre Begabungen entfalten, wenn diese in der Schule erkannt und gefördert werden. Deshalb gehen inklusive Bildung und individuelle Förderung Hand in Hand – eines ist ohne das andere nicht möglich. „Der Schlüssel zur Inklusion ist eine allgemeine, kindzentrierte und basale Pädagogik“, so Prof. Dr. Stein. Wird Unterricht so verstanden, lernen alle Schüler\_innen in Kooperation miteinander auf ihrem jeweiligen Entwicklungsniveau und nach Maßgabe ihrer derzeitigen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskompetenzen mit dem Ziel, sich nach ihren Möglichkeiten weiterzuentwickeln, an und mit einem gemeinsamen Lerngegenstand. „Dies verlangt allerdings, dass sich die jetzige Form von Unterricht in Schulen von Grund auf verändert. Methodisch ist Projektarbeit am besten geeignet, und zwar nicht verstanden als einmal im

Jahr veranstaltete Projektwoche, sondern als Unterrichtsprinzip. Auf diese Weise können Kinder mit unterschiedlichsten Entwicklungsniveaus miteinander arbeiten und lernen.“



Prof. Dr. Anne-Dore Stein über das Konzept der  
entwicklungslogischen Didaktik nach Georg Feuser

Individuelle Förderung setzt zieldifferentes Lernen voraus. Zieldifferentes – und damit individualisiertes – Lernen ist, vom Gymnasium abgesehen, an allen Schularten und Schulstufen in Sachsen-Anhalt möglich. Selbstverständlichen Eingang in den Schulalltag haben individualisierte Lern- und Lehrmethoden jedoch bislang nicht gefunden. Die Schulen – aber auch die Eltern – müssen sich von der Vorstellung lösen, dass in einer Klasse alle Schüler\_innen im gleichen Tempo die gleichen Lernergebnisse erreichen. Vielmehr muss es darum gehen, das Lernangebot so zu individualisieren, dass innerhalb einer Lerngruppe anhand eines gleichen Lerngegenstands unterschiedliche Lernziele angestrebt werden können. Die didaktischen Konzepte dazu gibt es, und sie sind vielfach erprobt.



Christian Fischer u.a.: Individuelle Förderung als  
schulische Herausforderung

## GUTE BEISPIELE ALS WEGWEISER

Sachsen-Anhalt steht bei der schulischen Inklusion noch am Anfang. Dennoch gibt es gute Beispiele inklusiver Bildung im Land, die zeigen, was Gelingensbedingungen und Erfolgsfaktoren für inklusive Schulen sind. Eine Vorreiterrolle nimmt etwa die Saaleschule in Halle ein, die 2016 mit dem Jakob-Muth-Preis für inklusive Schulen ausgezeichnet wurde. Die Schule in freier Trägerschaft wurde mit dem Ziel eines inklusiven Bildungsangebotes für die Sekundarstufe gegründet. Die Schule versteht sich als eine integrierte Gesamtschule, die sich der inklusiven Pädagogik öffnet, als offener Lebensraum, als demokratische Schule, als Ort des eigenverantwortlichen Lernens, sie pflegt eine Kultur der Anerkennung und ist international vernetzt. Als freie Schule erhält sie, um ihrem Anspruch an inklusive Bildung gerecht zu werden, nicht mehr Mittel als staatliche Schulen. Ganz im Gegenteil: Das Lehrpersonal erhält weniger Gehalt, damit z.B. Integrationshelfer\_innen oder Heilpädagog\_innen eingestellt werden können.



Best-Practice:

Saaleschule Halle

Grundschule Altenweddingen

Montessorischule Halle



Moderatorin Katja Irlé und Schulleiterin Silke Klessig im Gespräch  
über gelingende inklusive Bildung an der Saaleschule in Halle.

Aber auch staatliche Schulen haben sich in Sachsen-Anhalt der Aufgabe gestellt, inklusiv zu unterrichten. Die Grundschule Altenweddingen ist eine der 30 Schulen in Sachsen-Anhalt, die sich als Schule mit inklusivem Schulprofil haben zertifizieren lassen. Die Grundschule versteht sich als regional vernetzter Bildungsstandort und arbeitet im Netzwerk mit umliegenden Schulen und Kindertagesstätten, kooperiert aber auch mit Firmen vor Ort. „Die individuelle Förderung aller Kinder ist unser Selbstverständnis“, heißt es im Schulprogramm.

Die Schulen in Sachsen-Anhalt, die noch ganz am Anfang ihrer Entwicklung zu einer inklusiven Schule stehen, können sich an diesen guten Beispielen orientieren. Um zu sehen, dass Inklusion gelingt, lohnt sich zudem ein Blick über die Ländergrenzen hinweg – etwa in andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Bremen, die sich schon frühzeitig entschlossen haben, ein inklusives Bildungssystem zu gestalten.

## INKLUSION GELINGT IM NETZWERK

Bei der Ausgestaltung eines inklusiven Bildungssystems muss Sachsen-Anhalt nicht bei null anfangen: Es kann auf die jahrelange Erfahrung mit dem Gemeinsamen Unterricht zurückgegriffen werden. Entscheidend ist aber das Verständnis, dass Inklusion mehr bedeutet als Integration. Eine Umetikettierung integrativer Strukturen ist nicht zielführend, ebenso wenig die Auflösung bewährter Modelle. Vielmehr sollte ihre Weiterentwicklung im Vordergrund stehen. Die Arbeit dieser qualitativen Schulentwicklung kann nicht von den Schulen allein vorgenommen werden. Hier bedarf es der Einrichtung von Unterstützungssystemen, etwa durch den Aufbau von regionalen Bildungslandschaften und Netzwerken für Kooperation und Austausch.



Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung in Sachsen-Anhalt

Ein starker Netzwerkpartner ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die in Sachsen-Anhalt unter anderem mit dem Programm „Schulerfolg gemeinsam sichern“ die Arbeit der Schulen koordiniert. In diesem Programm arbeiten Schulen, Jugendhilfe, kommunale Verwaltung und Partner aus dem regionalen Umfeld zusammen. Die Arbeit wird durch 14 regionale Netzwerkstellen gefördert, die beim Aufbau regionaler Bildungslandschaften unterstützen sollen. An den Schulen werden insgesamt 380 Schulsozialarbeiter\_innen eingesetzt, die Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung des Schulalltags helfen und sie in ihrer persönlichen Entwicklung bestärken sollen.

Schulen brauchen für die Schulentwicklung jedoch auch Freiheiten. Darauf weist Silke Klessig, Schulleiterin der Saaleschule in Halle, hin. „Schulen müssen für sich ein Programm entwickeln, sie müssen sich ein Gesicht geben. Schulleiter\_innen müssen dann die Möglichkeit erhalten, ihr Team zusammen-

zustellen, um die Schule entlang der vereinbarten Ziele zu gestalten.“

## FÖRDERUNG MIT MULTIPROFESSIONELLEN TEAMS

Netzwerkarbeit beschränkt sich für eine inklusive Schule nicht auf das Netzwerk der Bildungslandschaft – sie fängt in der Schule an. Denn Inklusion setzt voraus, dass die Schule auf die unterschiedlichen Bedürfnisse ihrer Schüler\_innen eingehen kann. Verschiedene Professionen sollten an der Schule versammelt sein und in multiprofessionellen Teams, bestehend etwa aus allgemeiner Lehrkraft und Sonderpädagog\_in, zusammenarbeiten. So können sich die Kompetenzen der verschiedenen Professionen gegenseitig ergänzen.

In Sachsen-Anhalt sind die Sonderpädagog\_innen im Regelfall nicht an der allgemeinen Schule beschäftigt, sondern werden von den Förderschulen abgeordnet. In der Praxis bedeutet das, dass ein Sonderpädagoge, eine Sonderpädagogin für mehrere Schulen zuständig ist. Diese Regelung schränkt die Möglichkeiten zum Austausch mit der allgemeinen Lehrkraft und zu einer echten Teamarbeit im Sinne der inklusiven Bildung, etwa mit gemeinsamer Unterrichtsvorbereitung oder der Verantwortungsübernahme des gesamten Teams für alle Schüler\_innen, ein. Dass es anders geht, zeigt das Beispiel Bremen: Hier wurden an allen Schulen Zentren für unterstützende Pädagogik eingerichtet, die die Aufgaben der Förderschulen übernehmen – und die in die Struktur der allgemeinen Schule integriert sind.



So wird inklusive Bildung in den Bundesländern umgesetzt

Dem Aufbau von multiprofessionellen Teams steht in Sachsen-Anhalt auch der akute Mangel an allgemeinbildenden Lehrkräften im Wege. Das Bildungsministerium plane weitere Maßnahmen, um mehr Lehrer\_innen für den Schuldienst in Sachsen-Anhalt zu gewinnen und die Unterrichtsversorgung zu gewährleisten, erklärt Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen. Neben Lehrer\_innen fehle es zudem an pädagogischen Mitarbeitern.

## RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Das häufigste Argument, das gegen die Ausgestaltung eines inklusiven Bildungssystems angebracht wird, ist das der mangelnden Rahmenbedingungen. „Natürlich braucht es für Inklusion bestimmte Rahmenbedingungen. Inklusion ist nicht voraussetzungslos. Wir können aber auch nicht darauf warten, dass alle Voraussetzungen erfüllt werden. Denn dann kann nie etwas Neues auch gegen beständige Widerstände entstehen. Wir können immer etwas ändern und die entsprechenden Rahmenbedingungen einfordern“, entgegnet Prof. Stein diesen Vorbehalten. Wichtig sei das Verständnis, dass es sich bei Schulreformen um Change-Management-Prozesse handele.

Mit Widerständen müsse also gerechnet werden, ebenso wie mit langsamen Fortschritten. Eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung von Reformen sei es, die gesetzten Ziele nach vorher festgelegten Zeiträumen, zum Beispiel nach zwei Jahren, zu überprüfen und anzupassen.



Prof. Dr. Anne-Dore Stein über die notwendigen Rahmenbedingungen für inklusive Bildung

Zu den Rahmenbedingungen, die in Sachsen-Anhalt anzupassen sind, gehören die rechtlichen. „Das Schulgesetz muss dringend geändert werden. Denn mit §39 ist unter bestimmten Umständen eine Förderschulpflicht festgelegt. Das ist ein ganz offensichtlicher Verstoß gegen die UN-Behindertenrechtskonvention“, stellt Burkhard Jungkamp, Staatssekretär a.D., Brandenburg, fest. Eine Schulgesetzänderung sei möglich, wenn die dafür notwendige Mehrheit im Parlament gewonnen werden könne, so Jungkamp weiter. Derzeit ist eine Novelle des Schulgesetzes in Sachsen-Anhalt nicht geplant.

## DER WEG IST DAS ZIEL

Mit dem 2013 verabschiedeten Konzept zum Ausbau inklusiver Bildungsangebote und den ersten 30 Schulen, die sich als Schulen mit inklusivem Schulprofil zertifiziert haben, hat Sachsen-Anhalt erste Schritte hin zu einem inklusiven Schulsystem unternommen. Nun gilt es, an diesen anzusetzen und ihre Weiterentwicklung in Angriff zu nehmen. Erinnert werden muss aber auch daran, dass die Gestaltung eines in-

klusiven Bildungssystems und damit die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht weniger ist als die Einhaltung von geltendem Recht. Sachsen-Anhalt ist also in der Pflicht, sich das Ziel der inklusiven Bildung auf die Fahnen zu schreiben. Hinzu kommt eine soziale Verantwortung, auf die Burkhard Jungkamp hinweist: Förderschüler\_innen erreichen in aller Regel nicht einmal einen Hauptschulabschluss. In Sachsen-Anhalt ist die Anzahl der Absolvent\_innen von Förderschulen, die mindestens einen Hauptschulabschluss erreichen, mit 20,3 Prozent im Bundesländervergleich sogar deutlich unterdurchschnittlich. Der Lernerfolg an Förderschulen ist also weitaus schlechter, als häufig angenommen wird. Vor diesem Hintergrund ist es, so Jungkamp weiter, besonders alarmierend, dass die Mehrheit der Förderschüler\_innen aus sozial prekären Verhältnissen kommt.



Burkhard Jungkamp über die soziale Zusammensetzung von Förderschulen

Inklusion ist nicht über Nacht zu erreichen, sondern bedarf eines langen Atems. Und: Inklusion beginnt in den Köpfen. Eltern von Kindern mit Förderbedarf müssen sich darauf verlassen können, dass sie in der allgemeinen Schule Unterstützung und nicht Ablehnung erfahren. Hier ist auch die Politik gefragt: Ein starkes Bekenntnis zur Inklusion an allen Schularten, klare Zielsetzungen für die Durchsetzung inklusiver Bildung, die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen und die Vermittlung der Botschaft, dass inklusive Bildung zu einem leistungsstärkeren und chancengleichen, zu einem besseren Bildungssystem führt, liegen in der politischen Verantwortung.

## DIE AUTORIN DIESER PUBLIKATION

Valerie Lange studierte Soziologie, Politologie, Sozialpsychologie und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Hannover und ist diplomierte Sozialwissenschaftlerin. Sie arbeitet als freiberufliche Lektorin für Sach- und Fachbücher. Seit 2007 ist sie u.a. für das Netzwerk Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig.

## WEITERE INFOS ZUM THEMA INKLUSION

Unsere Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei:  
[marion.stichler@fes.de](mailto:marion.stichler@fes.de)

Digitale Versionen aller Publikationen:  
<http://www.fes.de/themen/bildungspolitik/index.php>

## IMPRESSUM

ISBN: 978-3-95861-720-9  
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2016  
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin  
Abt. Studienförderung  
Redaktion: Marion Stichler, Ringo Wagner  
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin  
Foto: Nicole Nestler

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürgerinnen und Bürger aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- Neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:  
[www.fes-2017plus.de](http://www.fes-2017plus.de)